



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Industrieländer danken von Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel ab

*Eine erste Bilanz zum Klimagipfel in Kopenhagen von Wolfgang Sterk
Wuppertal, den 22. Dezember 2009*

Das Ergebnis des Kopenhagener Klimagipfels ist so schwach wie man es sich nur hätte vorstellen können. Statt eines rechtlich verbindlichen Abkommens gibt es nur eine politische Erklärung, und selbst diese wird noch nicht einmal von allen Ländern unterstützt. Es gibt keine klare Verpflichtung auf das 2°C-Ziel, erst recht nicht auf das 1.5°C-Ziel, das von den verwundbarsten Ländern gefordert wird. Die Angebote der Industrieländer für Emissionsziele bewegten sich zwischen dem Start und dem Ende der Konferenz keinen einzigen Zentimeter. Selbst prinzipiell ermutigende Zeichen, könnten sich als Luftnummer erweisen. Während die Zusage der Industrieländer, die finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer bis 2020 auf 100 Mrd. US-\$ jährlich erhöhen zu wollen, grundsätzlich begrüßenswert ist, ist doch noch vollkommen unklar, wo dieses Geld herkommen soll. Und es gibt keine Garantie, dass die Industrieländer nicht schlicht die Gelder umetiketieren werden, die sie für die Erreichung der Millenniumsziele zugesagt haben.

Entsprechend Art. 3.1 der Klimarahmenkonvention, die 1992 verabschiedet wurde, sollen die Vertragsstaaten, das Klimasystem "entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten ... schützen. Folglich sollen die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, bei der Bekämpfung der Klimaänderungen und ihrer nachteiligen Auswirkungen die Führung übernehmen." In der Praxis stiegen die Emissionen der Industrieländer zwischen 1990 und 2006 um 9.1%, wenn man die früheren Ostblockstaaten ausnimmt, deren Wirtschaft in den 1990ern zusammenbrach.

Ihre Leistung in der Vorbereitung zu Kopenhagen und auf der Konferenz selber war nicht sehr viel besser. Selbst im besten Fall beliefen sich ihre Angebote auf eine Reduktion von weniger als 20% unter das Niveau von 1990 bis 2020. Die ambitioniertesten Szenarios, die das IPCC in seinem vierten Sachstandsbericht bewertet hat, und die eine zumindest 50%ige Chance geben, das 2°C-Ziel zu erreichen, betrachten eine Reduktion der Industrieländer von 25-40% bis 2020 als notwendig. Um eine hohe Wahrscheinlichkeit zu bewahren, das 2°C-Ziel zu erreichen, hat das Wuppertal Institut empfohlen, dass die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020 um mindestens 40% mindern sollten. Rechnet man die Schlupflöcher ein, die in Ko-

penhagen mit auf dem Tisch lagen, bspw. kreative Buchführung im Forstbereich und die Übertragung der "heißen Luft" aus der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode, hätte das Ergebnis von Kopenhagen sogar einen Emissionsanstieg in den Industrieländern bedeuten können.

Aus dieser Perspektive ist das Scheitern von Kopenhagen einem Abkommen vorzuziehen, dass die Welt auf einen nicht-nachhaltigen langfristigen Emissionspfad festgelegt hätte.

Das Auftreten der EU als selbsterklärter Klimaführer, war besonders ernüchternd. Aufgrund der Auswirkungen der Rezession musste sich die EU sehr anstrengen, ihr unilaterales 20%-Ziel NICHT zu erreichen. Trotzdem brachte es die EU – selbst als die Konferenz vor dem Scheitern stand – nicht fertig, die Führung zu übernehmen und ihre Latte höher zu legen. Die deutsche Regierung war einer der Hauptfaktoren dabei, den Schritt zum 30%-Ziel zu blockieren. Lange her scheinen die Tage, als Helmut Kohl 1992 auf dem Rio-Gipfel ankündigte, Deutschland werde seine Emissionen bis 2005 um 25% reduzieren – mit oder ohne Vertrag. Die US-Administration für ihren Teil war anscheinend nicht nach Kopenhagen gekommen, um Kompromisse zu verhandeln, sondern um aus den anderen Ländern maximale Zugeständnisse herauszubekommen, um so die Gegner des Klimagesetzes zu beschwichtigen, das derzeit im Kongress beraten wird.

Wenn es Spieler gibt, deren Entscheidungsprozesse Schritt halten mit der Beschleunigung der Ergebnisse der Klimawissenschaft, und des Klimawandels selber, so sind dies die Schwellenländer. Noch vor drei Jahren, auf der Klimakonferenz in Nairobi, verharrten sie in ihren Schützengräben und lehnten rundheraus jedes Ansinnen ab, sie sollten mehr zum Klimaschutz beitragen. Ein Jahr später in Bali traten sie eines nach dem anderen ans Podium und erklärten, sie seien bereit, ihren fairen Anteil zum globalen Klimaschutz zu leisten. Dieses Jahr in Kopenhagen hatten sie laut einem internen Papier des UN-Klimasekretariats sogar mehr Emissionsreduktionen auf den Tisch gelegt als die Industrieländer – in den Entwicklungsländern eine Reduktion von 5,2 Gt CO₂-eq. im Vergleich zum „business-as-usual“ vs. 3.4 Gt CO₂-eq. im Vergleich zum BAU in den Industrieländern.

Diese politischen Verschiebungen spiegeln sich in den wirtschaftlichen Entwicklungen. So sind insbesondere China und Indien in den letzten Jahren als starke Spieler in der erneuerbaren Energien-Szene aufgetreten, die westliche Firmen aufkaufen und in die internationalen Märkte hinein drängen. Diese Länder haben erkannt, dass Energiesparen und ein Umschwenken auf erneuerbare Energien in ihrem eigenen Interesse liegt, auch unabhängig vom Klimaproblem, so zum Beispiel aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Verringerung der Luftverschmutzung in den Städten, und nicht zuletzt für die Entwicklung einer Führungsrolle in der Entwicklung eines klimaschonenden Wirtschaftssystems. Das Rennen um die *pole position* in der solaren Ökonomie ist bereits im Gange, aber viele haben noch nicht einmal mitbekommen, dass der Startschuss abgefeuert wurde.

In der Berichterstattung wurde China eine starke Mitverantwortung für das Scheitern des Gipfels zugewiesen, da es sich nicht zu internationaler Kontrolle seiner Maßnahmen bereit erklärt hatte. Das Verhandlungsmandat von Bali bezieht sich jedoch auf „nationally appropriate mitigation actions by developing country Parties ..., supported and enabled by technology, financing and capacity-building, in a measurable, reportable and verifiable manner“. Das heißt, die Entwicklungsländer haben sich in Bali bereit erklärt, überprüfbare Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie für diese von den Industrieländern eine ebenso überprüfbare Unterstützung erhalten. In Kopenhagen forderten die Industrieländer jedoch, dass die Entwicklungsländer auch Maßnahmen einer internationalen Kontrolle unterwerfen sollten, die sie aus ihren eigenen Ressourcen durchführen. Und dies aus einer Position heraus, in der die Industrieländer weder

ambitionierte Emissionsziele für sich selber, noch ernstzunehmende Angebote für die finanzielle und technologische Unterstützung der Entwicklungsländer auf den Tisch gelegt hatten.

Oft wird jetzt nach dem Scheitern in Kopenhagen die Frage gestellt, ob die Struktur mit mehr als 190 Staaten zu verhandeln der Herausforderung überhaupt gewachsen ist. Der Hauptknackpunkt war jedoch nicht die Anzahl der beteiligten Staaten, sondern vor allem der mangelnde politische Wille. Und hierbei insbesondere das vollkommen unzureichende Emissionsziel der USA, gekoppelt mit der Position der anderen Industrieländer, eine Beteiligung der USA zur unabdingbaren Voraussetzung für einen Abschluss zu erklären. Auch wenn sich unter der Obama-Administration einiges bewegt hat, ist der Diskussionsstand in den USA jedoch immer noch um Jahre zurück. Zudem werden in die USA für die Ratifizierung eines Vertrags im Senat 67 Stimmen benötigt. Und wie man an der derzeitigen Gesundheitsdebatte und nahezu allen anderen Vorhaben seit der Präsidentenwahl sieht, wird die Obama-Administration vermutlich auf Jahre für kein einziges Vorhaben 67 Stimmen zusammen bekommen, und bestimmt nicht für einen Klimavertrag. Sich von den USA abhängig machen heißt daher, sich auf Jahre in die Geiselhaft von ein paar Dutzend engstirnigen US-Senatoren zu begeben.

Devotes Verhalten beeindruckt in den USA niemanden, sehr wohl jedoch das selbstbewusste Vertreten der eigenen Position. Anstatt sich vor den Karren der USA zu spannen, sollte die EU daher lieber eine „grüne Koalition“ mit den Ländern schmieden, die bereit sind, den Klimaschutz ernst zu nehmen. Würde die EU im Verbund mit den Schwellenländern beim Klimaschutz wirklich ernst machen, würde dies auch in Washington seinen Eindruck nicht verfehlen. ■